CDU Nordrhein-Westfalen

Machen, worauf es ankommt.

Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren in wichtigen Bereichen vorangekommen. Wir haben Probleme angepackt, Entscheidungen getroffen und spürbare Verbesserungen erreicht. Es bleibt viel zu tun. Aber wir können mit dem Selbstbewusstsein der politischen Mitte zeigen, was wir erreicht haben. Durch Verlässlichkeit und konkrete Lösungen erarbeiten wir uns das Vertrauen der Menschen. Den Radikalen, Polarisierern und Schlechtrednern setzen wir demokratische Entschlossenheit und Zuversicht entgegen. Wir machen, worauf es ankommt.

Das Wichtigste in Kürze

Damit Aufstieg durch Bildung und ein selbstbestimmtes Leben möglich sind: 40 Prozent des Landeshaushalts – über 44 Milliarden Euro – fließen 2027 in Kitas, Schulen und Hochschulen. Seit Juni 2022 arbeiten über 12.600 Menschen mehr an unseren Schulen.

Damit Kinder früh gefördert werden und Eltern sich auf offene Kitas verlassen können: ab 2027/28 jedes Jahr über 420 Millionen Euro zusätzlich für die Kitas – und mit den ABC-Klassen ab 2028/29 gut vorbereitet in die Schule.

Damit die Menschen sicher leben und sich sicher fühlen: seit 2023 pro Jahr 3.000 neue Polizeinachwuchskräfte, Ausgaben für Innere Sicherheit gut ein Viertel höher als 2022, nach dem Terroranschlag von Solingen das umfassendste Sicherheitspaket der Landesgeschichte.

Damit Unternehmen investieren und Arbeitsplätze sichern: zwei Entlastungspakete, Berichtspflichten senken, seit 2025 über eine Milliarde Euro Investitionsförderung vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.

Damit Energie bezahlbar bleibt: Industriestrompreis für energieintensive Betriebe durchgesetzt, Milliardenzuschuss des Bundes zu den Netzentgelten – das senkt auch die Stromrechnung der Haushalte.

Damit unsere Kommunen handeln können: knapp 9 Milliarden Euro Altschulden übernommen, Verbundsatz wird erstmals seit rund 50 Jahren erhöht – damit 360 Millionen Euro mehr pro Jahr für unsere Kommunen.

Damit unser Land lebenswert und stark bleibt: Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur mit über 60 Milliarden Euro bis 2036 für Kitas, Schulen und Hochschulen, Straßen und Brücken, Krankenhäuser und Sportanlagen.

Damit die Versorgung in Stadt und Land gesichert bleibt: größte Krankenhausreform seit Jahrzehnten, 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung, über 1.100 künftige Landärztinnen und Landärzte durch die Landarztquote.

Damit sich die Menschen in ihrer Heimat geborgen fühlen: Struktur- und Dorfentwicklung neu ausgerichtet und mit 85 Millionen Euro Dorfgemeinschaftshäuser saniert, Dorfplätze zu Treffpunkten umgebaut, Dorfläden eingerichtet, Bolzplätze angelegt u.a.m.

Die Bilanz im Einzelnen

Machen, worauf es ankommt: Beste Chancen durch gute Bildung

Gute Bildung hat für uns oberste Priorität. Schon 2026 hat unsere Landesregierung dafür so viel Geld bereitgestellt wie nie zuvor. Diesen Weg gehen wir weiter. 2027 investieren wir 40 Prozent des Landeshaushalts – über 44 Milliarden Euro – in Kitas, Schulen und Hochschulen. Kein anderes Bundesland gibt einen größeren Anteil seines Haushalts für Bildung aus. Im Vergleich zu Juni 2022 arbeiten heute insgesamt über 12.600 Menschen mehr an unseren Schulen. Das sind Lehrkräfte, Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Alltagshelferinnen und Alltagshelfer. Damit stärken wir unsere Jüngsten, legen die Grundlagen für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben und machen Aufstieg durch Bildung möglich.

Machen, worauf es ankommt: Mit ABC-Klassen gut vorbereitet in die Schule

Zu viele Kinder bringen bei der Einschulung noch nicht die Fähigkeiten mit, die sie für einen guten Start brauchen. Deshalb beginnen im Schuljahr 2028/29 die ersten ABC-Klassen. Sie richten sich an Kinder, bei denen im Jahr vor der Einschulung festgestellt wird, dass sie sprachlich noch nicht so weit sind, dem Unterricht in der Schule folgen zu können. In den ABC-Klassen üben die Kinder zuzuhören, zu verstehen, sich auszudrücken und gemeinsam mit anderen zu lernen. Sie stärken ihre sozialen Kompetenzen, etwa Regeln einzuhalten und anderen respektvoll zu begegnen. Auch motorische Fähigkeiten werden gestärkt. Dazu können beispielsweise Übungen gehören, bei denen Kinder lernen, einen Stift sicher zu führen oder mit einer Schere umzugehen. So können die Kinder vom ersten Schultag an besser am Unterricht und am Schulleben teilnehmen.

Machen, worauf es ankommt: Verlässliche Betreuung, starke Kitas

Viele Eltern kennen den bangen Blick aufs Handy am Morgen: Hat die Kita heute auf? Genau hier setzt die Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) an. Ihr wichtigstes Ziel ist Verlässlichkeit. Dafür nimmt das Land viel Geld in die Hand: Ab dem Kita-Jahr 2027/28 fließen jedes Jahr über 420 Millionen Euro zusätzlich in die Kitas. Insgesamt plant das Land 2027 für die frühkindliche Bildung 6,5 Milliarden Euro ein – 48,5 Prozent mehr als 2022 und so viel wie nie zuvor. Neu ist das Kern- und Randzeitenmodell. In der Kernzeit liegt die Betreuung in den Händen der Erzieherinnen und Erzieher. Am frühen Morgen und am späten Nachmittag, wenn Kinder gebracht und abgeholt werden, können Kitas auch pädagogisch ausgebildete Ergänzungskräfte wie Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger einsetzen. So werden die knappen Fachkräfte dort eingesetzt, wo sie am dringendsten gebraucht werden – und die Kitas können auch bei Personalengpässen verlässlich öffnen.

Machen, worauf es ankommt: Sicherheit, Migration, Prävention

Kriege und Krisen in der Welt sowie terroristische Anschläge auch in Deutschland haben das Sicherheitsgefühl vieler Menschen erschüttert. Darauf muss Politik Antworten geben. Nach dem Terroranschlag von Solingen hat unsere Landesregierung das umfassendste Maßnahmenpaket der Landesgeschichte in den Bereichen Sicherheit, Migration und Prävention beschlossen.

Dazu gehört ein neues Verfassungsschutzgesetz: Der Verfassungsschutz kann jetzt auch verdeckt in sozialen Netzwerken Informationen erheben – Anschlagsplanungen und Finanzströme werden so früher erkannt. Hinzu kommt die „digitale Streife“. Sie ist dort unterwegs, wo sich Extremisten radikalisieren und vernetzen. Denn das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Eine weitere Maßnahme: Mit der Bündelung der Strafverfolgung von islamistischen, antisemitischen und rassistischen Posts bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW) werden Hass und Hetze noch schneller und konsequenter geahndet.

Zusätzliche Stellen an den Verwaltungsgerichten und drei neue Kammern, die ausschließlich Asylrecht bearbeiten, beschleunigen die Asylverfahren. Per Erlass wurde die Praxis bei Dublin-Überstellungen verschärft – also bei der Rückführung von Asylsuchenden in das EU-Land, das für ihr Verfahren zuständig ist: Überstellungsfristen verstrei-

chen nicht mehr ungenutzt. Bestimmte Asylantragsteller, zum Beispiel mit unzulässigen oder offensichtlich unbegründeten Anträgen, müssen heute bis zu 24 Monate in Landeseinrichtungen bleiben.

Schließlich: Konkrete Präventions- und Opferschutzstrukturen wurden erweitert. Dazu gehören z. B. „Plan P. – Jugend stark machen gegen islamistische Radikalisierung".

Machen, worauf es ankommt: Mehr Polizei, weniger Kriminalität

Sicherheit muss man sehen und spüren können. Deshalb stellt Nordrhein-Westfalen seit 2023 jedes Jahr 3.000 Polizeinachwuchskräfte ein. Das Polizeipersonal ist seit 2020 um rund zehn Prozent gewachsen. Wir haben in den vergangenen Jahren so viele neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Die Zahlen zeigen: Die Gesamtkriminalität, Straßenraub, Kinder- und Jugendkriminalität sinken. Auch mit dem Landeshaushalt 2027 stärken wir die Innere Sicherheit massiv: Die Ausgaben für Innere Sicherheit steigen um rund 311 Millionen Euro auf knapp 7,1 Milliarden, das entspricht einem Wachstum von über 1,4 Milliarden und damit einer Steigerung von annähernd 25,7 Prozent im Vergleich zu 2022. Mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, mehr Präsenz im Netz, mehr Mittel im Haushalt: Das ist konsequente Sicherheitspolitik.

Machen, worauf es ankommt: Konsequent gegen Schrottimmobilien und Sozialbetrug

Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist ein hohes und schützenswertes Gut. Aber: Kriminelle Akteure missbrauchen diese Freizügigkeit. Sie bringen Menschen, zumeist aus Südosteuropa, dazu, in Schrottimmobilien zu hausen, und zwingen sie, ihre Sozialleistungen abzutreten. Das ist ein menschenunwürdiges System der Ausbeutung – und es schürt Ängste und Sorgen in den betroffenen Städten und Stadtteilen. Es untergräbt das Vertrauen in unsere demokratische Ordnung und unseren Staat.

Deshalb gehen wir konsequent gegen das Geschäftsmodell rund um Schrottimmobilien, Sozialbetrug und organisierte Ausbeutung vor: mit gezielten Kontrollen, besserem Datenaustausch, schärferem Wohnungsrecht und dem Rückbau von Problemimmobilien. Konkret: Seit 2018 kontrollieren Bauaufsicht, Ordnungsamt, Polizei, Zoll, Jobcenter und Familienkassen gemeinsam vor Ort. Dabei decken sie unrechtmäßigen Leistungsbezug auf und schließen lebensgefährliche Wohnungen sofort. Das Polizeimodell MISSIMO gleicht seit 2019 Daten von Meldeämtern, Schulen und Jugendämtern ab, um Kindergeld für Kinder zu stoppen, die gar nicht hier leben. Und seit April 2026 gibt ein Erlass des Landes den Jobcentern einen Katalog typischer Verdachtsmomente an die Hand, um Anträge mit Mini-Arbeitsverträgen genauer zu prüfen. Mit unserem „Faires-Wohnen-Gesetz" sollen Kommunen verwahrloste Häuser unter Treuhandverwaltung stellen, ausbeuterische Vermietung ausdrücklich verbieten und als letztes Mittel enteignen können.

Der entscheidende Hebel im Sozial- und Mietrecht liegt auf Bundesebene. Deshalb haben wir über Bundesrat und Bundestag weitere Maßnahmen angestoßen, damit Sozialleistungsbetrug auf allen Ebenen konsequent bekämpft wird.

Machen, worauf es ankommt: Mittelstand und Industrie stärken

Die wirtschaftliche Lage ist in ganz Deutschland schwierig. Seit 2019 ist die deutsche Volkswirtschaft real kaum vom Fleck gekommen. Corona-Krise und Lieferkettenprobleme, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise, Inflation, Zölle und wachsender internationaler Wettbewerbsdruck hinterlassen gerade in einem Industrie-, Energie- und Exportland wie Nordrhein-Westfalen Spuren. Drei Dinge aber haben Nordrhein-Westfalen schon oft durch wirtschaftlich schwierige Zeiten getragen und immer wieder Erfolge möglich gemacht: der Fleiß der Menschen, die Offenheit für Innovationen sowie Zusammenhalt und Solidarität. Wir in NRW packen die Herausforderungen gemeinsam an: Mit dem Chemie- und Raffineriepakt haben Landesregierung, Industrie und Gewerkschaften gemeinsam Kurs gesetzt, für wettbewerbsfähige Energiepreise und schnellere Genehmigungen. Und wer investiert, bekommt Rückenwind: Über NRW.BANK.Invest Zukunft sind seit Mai 2025 mehr als eine Milliarde Euro in über 5.800 Vorhaben geflossen, rund 85 Prozent davon in kleine und mittlere Unternehmen.

Machen, worauf es ankommt: Bezahlbare Energie und sichere Energieversorgung

Nordrhein-Westfalen hat eine starke Industrie; insbesondere Stahl, Aluminium, Chemie und Zement. Diese Branchen stehen am Anfang langer Wertschöpfungsketten bis weit in den Mittelstand hinein – und sie sind energieintensiv. Deshalb sind bezahlbare Energie und eine sichere Versorgung für uns von zentraler Bedeutung. Deutschland ist zuletzt vor allem ausgestiegen: aus der Steinkohleförderung, aus der Atomenergie, aus russischem Gas.

Bei uns in NRW gilt aber: Vor dem endgültigen Ausstieg kommt der Einstieg. Wir sind massiv in die erneuerbaren Energien eingestiegen: Beim Ausbau der Windenergie liegt Nordrhein-Westfalen seit 2024 bundesweit an der Spitze. Bei der Photovoltaik gehören wir zur Spitzengruppe der Länder. Dabei verbinden wir ambitionierten Ausbau mit Akzeptanz vor Ort. So machen wir uns unabhängiger von Energieimporten aus aus fragilen oder aggressiven Regionen und Staaten.

Was das Land leisten kann, leistet es – und wo der Bund gefragt ist, machen wir Druck. Mit Erfolg: Seit April 2026 ist der Industriestrompreis, auf den wir auf allen politischen Ebenen hingearbeitet haben, von der EU genehmigt. Viele energieintensive Betriebe zahlen weniger für die Kilowattstunde. Und bei den Netzentgelten zahlt der Bund auf Drängen der Länder einen Milliardenzuschuss: das senkt die Stromrechnung der Haushalte in Nordrhein-Westfalen.

Machen, worauf es ankommt: Freiraum statt Formulare

Ein Betrieb kommt voran, wenn er Aufträge erledigt und neue Produkte entwickelt. Unnötiger Papierkram hält ihn davon ab. Deshalb drehen wir den Spieß um: Will die Verwaltung Unternehmen weiterhin zu einem Bericht verpflichten, muss sie begründen, warum dieser nötig ist. Nur Berichtspflichten des Landes, die so begründet und per Verordnung festgelegt werden, sollen über den 1. Januar 2027 hinaus bestehen bleiben – alle anderen fallen weg. Auch beim Kontakt mit Behörden und bei Fördermitteln wird es einfacher: E-Mail als Regelfall, weniger Nachweise, mehr Pauschalen und schnellere Entscheidungen. Unser Ziel für Gründer: in 24 Stunden zum eigenen Unternehmen – vollständig digital. Mit diesen Veränderungen leiten wir einen Mentalitätswechsel ein und schaffen Zeit für gute Ideen, aus denen neue Produkte, sichere Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen. Wir zeigen, dass Politik einen Unterschied machen kann: Diese Maßnahmen sind Teil von inzwischen zwei Beschleunigungs- und Entlastungspaketen und einem eigenen Entlastungskabinett. Damit ist NRW auch bundesweit Vorbild.

Machen, worauf es ankommt: Von der Kohle zur KI

Künstliche Intelligenz eröffnet uns Möglichkeiten, von denen Generationen vor uns nur träumen konnten: Dolmetschen mittels KI oder autonomes Fahren sind heute schon keine Science-Fiction mehr, sondern Realität. Die vielleicht größten Chancen liegen in der Medizin: Dank KI entstehen heute maßgeschneiderte Therapien, die Leben retten.

Nordrhein-Westfalen treibt diese Technologien mit Nachdruck voran, und investiert selbst: 125 Millionen Euro Landesmittel stecken in JUPITER, seit September 2025 Europas schnellstem Supercomputer, in Jülich. Damit KI auch im Mittelstand ankommt, fördert das Land seit August 2026 über „NRW.BANK.Impuls KI“ den KI-Einstieg kleiner und mittlerer Betriebe mit bis zu 25.000 Euro. Aus dem Land von Kohle und Stahl wird ein führender Wissenschafts-, Innovations- und Technologiestandort.

Für den Strukturwandel im Rheinischen Revier stehen mehr als 14,8 Milliarden Euro von Bund und Land zur Verfügung. Große Rechenzentren – die Schlüsselinfrastruktur für KI, Cloud und neue Wertschöpfung – sind bereits im Bau. Doch der Wandel reicht weit über das Revier hinaus: Mehr als 70 Hochschulen und über 50 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, 15 Exzellenzcluster und eine dynamische Start-up-Szene machen Nordrhein-Westfalen zu einem starken Standort für Forschung, Innovation und KI. Ein Standort, an dem Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen.

Auf dem Weg zu neuer Stärke

Die Probleme sind real. Aber die Fortschritte sind es auch. Studien (etwa des Instituts der deutschen Wirtschaft) zeichnen ein differenziert-positives Bild von Nordrhein-Westfalen. Fast ein Drittel der Regionen unseres Landes hat in den letzten zehn Jahren deutlich an wirtschaftlicher Dynamik gewonnen. Köln, Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr gehören zu den dynamischsten Städten in Deutschland. Knapp zwei Drittel der Regionen in Nordrhein-Westfalen sind stabil geblieben: Angesichts der Vielzahl der Krisen in den vergangenen Jahren zeigt das eine herausragende Krisenresistenz unseres Landes. Nordrhein-Westfalen hat sich also im Zehn-Jahres-Vergleich in vielen Regionen deutlich nach vorne gearbeitet. Wir sind Aufsteigerland mit mehr Substanz, Dynamik und Zukunftskraft, als manche Krisenerzählung vermuten lässt. Das ist kein Anlass für Selbstzufriedenheit, aber ein klarer Auftrag, den eingeschlagenen Modernisierungskurs konsequent fortzusetzen.

Machen, worauf es ankommt: Gute Infrastruktur – verlässlich finanziert

Mit dem größten Investitionsprogramm in der Geschichte unseres Landes – dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur – legen wir die Grundlagen für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und gute Arbeitsplätze: Über 60 Milliarden Euro fließen in den nächsten zwölf Jahren in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation. Das ist die große Modernisierungsoffensive für unser Land.

Dabei besteht der Nordrhein-Westfalen-Plan nicht nur aus Bundesmitteln. Nordrhein-Westfalen legt eigenes Landesgeld obendrauf und schreibt Förderungen fort, damit Investitionen vor Ort verlässlich geplant werden können. Das heißt: Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan und garantierten Investitionspauschalen sichert das Land bis 2036 rund 60 Milliarden Euro für die Modernisierung beispielweise von Schulen, Kitas, Verkehr. Pauschale Mittel und digitale Abrufe sorgen für Tempo bei Beantragung und Umsetzung.

Richtig ist aber auch: Unser Land ist bei der öffentlichen Daseinsvorsorge (Digitales, Gesundheit, Mobilität, Freizeit, Bildung) schon heute stark aufgestellt. Das belegt das Institut der deutschen Wirtschaft mit Zahlen: 86 Prozent unserer Gemeinden gehören bundesweit zur Spitzengruppe bei der Daseinsvorsorge. Das ist ein gutes Zwischenergebnis. Wir wollen besser werden, und deshalb investieren wir in den nächsten zwölf Jahren so viel wie nie zuvor: damit auch die nächste Generation auf einen Staat zählen kann, der im Alltag funktioniert.

Machen, worauf es ankommt: Kommunen dauerhaft gestärkt

Das Leben findet vor Ort statt. In den Städten und Gemeinden. Vom Zustand des Kindergartens über die Freizeitangebote bis hin zur Attraktivität des Nahverkehrs – das prägt unseren Alltag. Aber dafür fehlt vor Ort oft das Geld. Die öffentlichen Haushalte sind auf allen Ebenen auf Kante genäht. Besonders hart trifft es die Kommunen: Sie stecken in einer Finanzkrise, aus der sie allein nicht herauskommen. Ein starker Hebel, um ihre Handlungsfähigkeit zu sichern, ist die Übernahme von Altschulden.

Lange wurde nur darüber geredet, wir haben gehandelt: Knapp 9 Milliarden Euro Schulden hat das Land den Kommunen abgenommen. Das ist historisch.

Hinzu kommt: Endlich beteiligt sich auch der Bund. Denn eine zentrale Ursache der hohen kommunalen Altschulden liegt in Entscheidungen des Bundes: Jahrzehntelang hat er den Kommunen Aufgaben und Lasten übertragen, ohne ausreichend Geld bereitzustellen. Das ändert sich jetzt. Zur Altschuldenlösung des Landes legt der Bund 164 Millionen Euro jährlich obendrauf. Jeder dieser Euro kommt direkt bei den Kommunen an, ohne Antrag, ohne Verwaltungsaufwand.

Das ist ein Paradigmenwechsel. Einen zweiten haben wir als CDU Nordrhein-Westfalen bei den Finanzbeziehungen mit dem Bund maßgeblich angestoßen: Künftig muss das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt" gelten.

Ein weiterer Paradigmenwechsel: Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 steigt der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes – der sogenannte Verbundsatz – auf 23,5 Prozent. Das bringt ihnen rund 360 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich. Es ist die erste Erhöhung des Verbundsatzes seit Mitte der 1970er Jahre. Zugleich startet die kommunale Modernisierungsagenda für weniger Bürokratie, einfachere Verfahren und mehr Eigenverantwortung vor Ort.

Neun Milliarden Euro Altschulden übernommen, „Wer bestellt, bezahlt“ auf den Weg gebracht, Verbundsatz erstmals seit rund 50 Jahren erhöht: Das sind Paradigmenwechsel, die zeigen, dass Politik einen Unterschied machen kann.

Machen, worauf es ankommt: Versorgung sichern – in Stadt und Land

Verantwortung zeigt sich dort, wo schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, etwa bei der Krankenhausplanung. Um den ruinösen Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern um Patienten, Fachpersonal und Fallzahlen zu beenden und ungeordnete Klinikschließungen durch Insolvenzen zu verhindern, haben wir die größte gesundheitspolitische Reform seit Jahrzehnten umgesetzt.

Starke Grundversorgung vor Ort, Spezialisierung bei komplexen Behandlungen – das stärkt die Krankenhäuser und die Qualität der Versorgung. Das heißt konkret: Komplexe Eingriffe, etwa bei der Behandlung von Krebs, werden an spezialisierten Standorten gebündelt, damit Patienten von eingespielten Teams behandelt werden. Die Grundversorgung bleibt breit aufgestellt: Neun von zehn Menschen erreichen künftig ein Krankenhaus mit Innerer Medizin und Chirurgie innerhalb von 20 Autominuten. Für die Umsetzung der neuen Krankenhausplanung stellt das Land in dieser Wahlperiode 2,5 Milliarden Euro bereit.

Auch bei der ärztlichen Versorgung auf dem Land haben wir Probleme nicht nur beschrieben, sondern gehandelt: Wir haben 2019 als erstes Bundesland die „Landarztquote“ eingeführt. Aktuell sind 8,8 Prozent der Medizinstudienplätze für Bewerberinnen und Bewerber reserviert, die sich verpflichten, zehn Jahre als Hausärztin oder Hausarzt in einer unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Region zu arbeiten. Mehr als 1.100 künftige Hausärztinnen und Hausärzte haben sich über die Landarztquote bereits dazu verpflichtet.

Machen, worauf es ankommt: Heimat stärken, Zusammenhalt ermöglichen

Städte, Dörfer, Gemeinden: Dort spielt das Leben, dort fühlen sich Menschen zuhause, geborgen und wohl. Das Land setzt deshalb genau da an, wo Dorfleben stattfindet. Über die Struktur- und Dorfentwicklung fördert es 2026 insgesamt 196 Projekte mit 21 Millionen Euro: Dorfgemeinschaftshäuser werden saniert, Dorfplätze zu Treffpunkten umgebaut, Dorfläden eingerichtet, Bolzplätze angelegt – mit bis zu 250.000 Euro pro Vorhaben, in Orten bis 10.000 Einwohner. Seit wir 2022 die Struktur- und Dorfentwicklung neu ausgerichtet haben, sind rund 800 Projekte mit 85 Millionen Euro gefördert worden – sie haben zusammen Investitionen von 180 Millionen Euro angestoßen. Dazu kommt das EU-Programm LEADER: Von 2023 bis 2027 stehen rund 120 Millionen Euro bereit, in 45 statt früher 28 Regionen. Jede Region hat ein eigenes Budget von 2,3 bis 3,1 Millionen Euro und setzt es nach einer Strategie ein, die sie mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erarbeitet hat. Vereine und Initiativen, die Ortsgeschichte und Heimat lebendig halten, bekommen mit dem Heimat-Scheck 2.000 Euro – online beantragt, ohne Papierkrieg. Für die Heimatförderung insgesamt sind bis 2027 jährlich rund 30 Millionen Euro eingeplant. Und weil Geld allein kein Dorf lebendig macht, würdigt der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ das, was die Menschen selbst auf die Beine stellen: 33 Dörfer standen 2025 im Landesfinale, die vier Golddörfer vertraten NRW 2026 im Bundesentscheid. Das stiftet Zusammenhalt.

Die Aufgaben bleiben groß. Doch diese Beispiele zeigen: Politik kann einen Unterschied machen – mit klaren Prioritäten, entschlossenem Handeln und Fortschritten, die im Alltag ankommen. Daran knüpfen wir an: zuversichtlich und mit dem Anspruch, auch künftig das zu machen, worauf es ankommt. Unser Weg, Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern, hat erst begonnen.

V.i.S.d.P.: CDU-Landesgeschäftsstelle NRW
Wasserstrasse 6 | 40213 Düsseldorf